

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

23. März 1948

Blatt 351

Die Budgetverhandlungen im Rathaus

=====

Am Schluß des ersten Beratungstages referierte Stadtrat Dr. Freund (SPÖ) über das Kapitel "Wohlfahrtswesen". Er führte u.a. aus: Es sind 4 Tatsachen, die in dem vergangenen Jahre die Wohlfahrtspflege besonders stark beeinflußt hatten. Vorerst war es der katastrophale Winter 1946/47, der mit seinem Stillstand der Industrie die Zahl der Befürsorgten stark ansteigen ließ. Die zusätzliche Auslandshilfe war im Jahre 1947 groß, dagegen aber die im Inland aufgebrauchte Leistung an Nahrung und Kleidung gering. Dies war auch bei der Schulausspeisung und bei der Zuteilung von Textilien und dem notwendig gebrauchten Schuhwerk für unsere Kinder zu beobachten. Trotz aller dieser Hemmnisse kann gesagt werden, daß wir im Aufbau wenn auch nicht im Ausbau unserer Fürsorge Kurs nach aufwärts hielten. Für das Jahr 1948 befürchtet der Redner, daß die Leistungen der Fürsorge im besten Falle werden gleichbleiben müssen.

Im Budget 1948 ist ein leichtes Zurückbleiben der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege gegenüber anderen Ausgaben zu erblicken. Doch gäbe es außerhalb der Verwaltungsgruppe IV noch eine soziale Fürsorge. Ihr Grundpfeiler aber ist der städtische Wohnhausbau. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Eine schwere Enttäuschung bedeutet die Zurücknahme der uns bindend zugesagten UNPRA-Mittel. Es wurden weder die für Österreich im Jahre 1946 ausgeworfenen Gelder für die Fürsorge ausbezahlt, noch kann derzeit mit Sicherheit gesagt werden, ob wir die weitaus größeren zugesprochenen Beträge für das Jahr 1948 erhalten werden. Leider ist auch die Bundesregierung unserer oft vorgebrachten Bitte um Gewährung eines Dollarkredites, damit wir unseren frierenden und zerklopften Menschen Kleidung kaufen können, bisher noch nicht nachgekommen.

Stadtrat Dr. Freund sprach dann Befürchtungen in Bezug auf das allmähliche Versiegen der Auslandshilfe aus. Es sei auch unmöglich, im Ausland gegen Devisen Kleidung für Fürsorgezwecke einzukaufen, so daß es schon im Laufe dieses Jahres zu einem fühlbaren Engpaß in der Zuteilung von Kleidung, Wäsche und Schuhen, aber auch von Nahrung für unsere Bedürftigen kommen werde. Es ist zwar das UNICEF, das große Kinderhilfswerk, in diesem Jahre neu auf den Plan getreten, aber alle anderen großen Hilfsaktionen haben entweder ihre Tätigkeit bereits eingestellt oder ihre Einstellung für das Jahr 1948 angekündigt.

Stadtrat Dr. Freund stellte fest, daß zu dem Betrag von 124 Millionen S, der im Budget für Wohlfahrtszwecke eingestellt ist, noch die Kosten für 2.500 Beamte und der Wert der von der Verwaltungsgruppe IV benützten Räume, Anstalten, Schlösser etc. zuzurechnen ist. Besonders wichtig ist es, ein tüchtiges Sozialbeamtentum zu erziehen.

Die Zahl der Empfänger von Dauerunterstützungen beträgt rund 52.000, davon 40.000 Hauptunterstützungs- und 12.000 Mitunterstützungsempfänger. In diesem Jahr werden 38,4 Millionen S dafür aufgewendet. Die Fürsorgekosten in Wien sind ^{nach} wie vor die besten in Österreich. Bezüglich der Tuberkulosenhilfe sind wir besonders den Menoniten und den amerikanischen Quäkern zu Dank verpflichtet. Alles, was wir an zusätzlichen Lebensmitteln, das sind 15.000 Kalorien pro Monat, den Tuberkulosen geben, stammt aus dem Auslande. Bei der Körperbehindertenfürsorge zeigt sich der Wunsch der Behinderten, nicht befürsorgt zu sein, sondern eine kleine Pasis zu bekommen, auf der sie selbst weiterarbeiten können. Hinsichtlich der alten Leute hat sich die Erscheinung eingebürgert, daß ihre Aufnahme in ein Spital, wenn sie ein bestimmtes Lebensalter erreicht haben, fast ausgeschlossen ist. Es muß mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß das Alter für die Aufnahme in ein Krankenhaus nicht entscheidend ist. (Beifall.)

Sodann sprach Stadtrat Dr. Freund unter großen Beifall den 3.600 Fürsorgelassen den besonderen Dank für ihre ehrenamtliche Arbeit und für die von ihnen durchgeführten erfolgreichen Sammlungen zugunsten der Armen Wiens aus.

Im weiteren Verlauf seines Referates kam StR. Dr. Freund auf die Auslandshilfe zu sprechen. Im Sachbeihilfenlager, in

dem 95 Helfer arbeiten, sind im Jahre 1947 rund 500.000 Parteien abgefertigt worden. An 325.000 Personen wurden 892.000 Kilogramm hochwertiger Lebensmittel abgegeben, 147.000 Personen erhielten 595.000 Stück Kleider und Schuhe. Die Heimkehrer, die Jugendamter usw. bekamen weitere 268.000 Stück Kleider und Schuhe. Damit wurden aus Beständen der Auslandshilfe insgesamt 865.000 Stück Textilien ausgegeben. Dazu hat die Magistratsabteilung 12 einen großen "Botteltopf" aufgestellt, in den alle sonstigen Spenden kommen. Aus ihm konnten weitere 35.000 Menschen beteiligt werden. Auch andere Sachen kamen von überall, wie zum Beispiel 11.000 Paar Leinenschuhe durch Vermittlung des Vizebürgermeisters Honay, wovon 8700 Paar an Erwachsene und 2300 an Lehrlinge abgegeben wurden. Insgesamt betrug der Wert der Auslandslieferungen, gerechnet zu Vorkriegspreisen, 25 Millionen Schilling. Auch eine Möbelaktion wurde ins Leben gerufen, wobei die Vorräte auf Abzahlung gegeben werden.

Herzliche Worte des Dankes sprach Stadtrat Dr. Freund an die Adresse der ausländischen Hilfsorganisationen und insbesondere an Ms. Opal Hall. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Bei der Ausspeiseaktion für die alten Leute über 70 Jahre wurden zwischen September 1946 und 30. Juni 1947 von den amerikanischen Quäkern monatlich an 24.000 Menschen ungefähr 6000 bis 8000 Kalorien Lebensmittel, zusammen 240.000 Pakete abgegeben. Weitere 30.000 bis 32.000 alte Leute wurden pro Monat aus dem großen Topf beteiligt und auf diese Art 221.000 Pakete ausgegeben. Ferner ist es im Jahre 1947 gelungen, 260.000 Menschen pro Tag auszuspeisen. Jetzt allerdings sind die Auslandsmittel erschöpft und es wird nun an 10.000 alte Leute gegen Abgabe von Werkküchenmarken ein anständiges Mittagessen verabreicht.

Die Flüchtlingsfürsorge erfasst in den Lagern 3.500 Personen. Dazu kommen noch die vielen Tausende in den Unternehmerlagern. Leider können wir die armen alten und kranken Flüchtlinge nicht abtransportieren, obwohl Vorbereitungen dafür getroffen wurden, weil uns die Alliierten keine Möglichkeit geben, diese Leute aus Wien herauszubringen. Wir entwickeln uns allmählich zum Groß-Sichenhaus von Europa. (Zustimmung.)

Über die Jugendfürsorge berichtete Stadtrat Dr. Freund, wir haben im Augenblick 4650 Pflegekinder. Obwohl wir die Pflegegelder erhöht haben, müssen wir die meisten Kinder in Heimen un-

terbringen. Wir werden daher in der nächsten Zeit die Pflegegelder noch mehr erhöhen müssen, schon aus einem pädagogischen Grund, weil wir der Meinung sind, daß das Kleinkind am besten in einer Familie aufgehoben ist. Die Zahl unserer "Armeekinder" hat sich von 735 auf 1.346 erhöht.

Die Kindergärten haben eine ganz schöne Entwicklung genommen. Wir haben um 25 Kindergärten mehr aufgebaut, und zwei Krippen eröffnet; in diesen Tagen folgt die dritte Krippe und im Laufe des Jahres werden wir eine vierte im 21. Bezirk in Betrieb nehmen können. Diese Krippen sind heutzutage zu einer unbedingten sozialen Notwendigkeit geworden. Auch der Geist, der in unseren Kindergärtnerinnen steckt, ist noch immer vorbildlich für Europa. Beispielgebendes hat auch die Organisation der Kinderfreunde geleistet. Sehr gute Erfolge konnten wir auch mit der einfachen Einrichtung der Tageserholungsheime verzeichnen.

Eine Großtat der Auslandshilfe ist unsere Kinderausspeisung. Die Schweizer, die Dänen und die Schweden speisen täglich 120.000 bis 160.000 Kinder aus. Die Gemeinde trägt die nicht geringen Kosten für die Zubereitung dieser unentgeltlichen Lebensmittel. Dafür ist ein Betrag von 11,4 Millionen Schilling angesetzt. Besonderer Dank gebührt den Schweizern, die einen großen Teil der Lasten tragen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Der Stadtrat wandte sich dann zu dem Problem der Säuglingswäschebeschaffung und beklagte es außerordentlich, daß heutzutage Windeln vielfach nur im Schleichhandel verkauft werden.

Es ist gelungen, 170.000 Stück Textilien, 42.000 Paar neue Lederschuhe und 35.750 Paar neue Leinenschuhe an unsere Schulkinder auszugeben. Es hat also ungefähr die Hälfte unserer Schulkinder ein Paar Schuhe bekommen.

Auch in der Kindererhöhung sind wir im Jahre 1947 nicht müßig gewesen. An diesem Werk haben unsere Schweizer Freunde ebenfalls großen Anteil, aber ebenso große Hilfe haben uns die Dänen, Irländer, Engländer, Holländer und die Norweger gebracht.

Die Entwicklung des Stipendienwesens nimmt ebenfalls einen guten Fortgang. Es ist gelungen, eine Erhöhung auf 900.000 S zu erreichen. Von größter sozialer Bedeutung sind die neu eingeführten Ausbildungsbeihilfen für Lehrlinge und Lehrlinginnen, die es vielen Arbeiterfamilien ermöglichen, ihren Sohn oder ihre Tochter

ein gutes Handwerk zu erlernen. Der Referent sprach sich dann noch für eine materielle Besserstellung der Fürsorgerinnen aus, die ein wichtiges Instrument unserer Jugendfürsorge sind.

Abschließend dankte Stadtrat Dr. Freund seinen Mitarbeitern für ihre unentwegte und nicht leichte Arbeit und betonte, daß er sich um eine objektive Führung des Wohlfahrtswesens bemüht habe, um damit auch seinen Teil zur Erhaltung der Volkskraft und zur Bewahrung der sozialen Ruhe beizutragen. Was wäre die ganze, so große und mühevollle Aufbauarbeit unserer Stadt, wenn es nicht gelänge, den Menschen über diese wohl schwerste Zeit unserer Stadtgeschichte auch durch die Fürsorge hinwegzubringen. (Starker allgemeiner Beifall.)

Die Sitzung wurde um 19.30 Uhr unterbrochen.

Zweiter Sitzungstag der Budgetverhandlungen

Der Gemeinderat trat heute früh unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Körner in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe Wohlfahrtswesen ein. Als erster Debatteredner sprach GR. Steinhardt (KPÖ), der sich eingangs, wiederholt durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen, zunächst gegen die am gestrigen Tage von Vizebürgermeister Honay gemachte Feststellung wendete, die Kommunisten hätten zahlenmäßig keinen Anspruch in der Regierung des Landes Wien vertreten zu sein, es wäre ein Geschenk an die Kommunistische Fraktion gewesen, daß man ihr einen Stadtratsposten zugewilligt habe. Die Kommunisten haben in den düstersten Tagen Wiens, in den Tagen der Befreiung besonders in jenen Bezirken, die in der Zone der Kämpfe waren, den Block der Brandung gebildet. (Stürmische Zwischenrufe bei den Sozialisten: Wir auch! GR. Sigmund: Nicht um eine Minute später als Sie!) Ja, auch Ihr, natürlich Ihr auch, nicht wir allein, aber wir in einem gehäuftem Maße. (Erneute lobhafte Zwischenrufe.) Als unsere kämpfenden Proletarier die Bezirke organisiert und das Nahrungsmittel- und Gesundheitswesen einigermaßen geordnet hatten, hat man sie nach den Wahlen des Jahres 1945 auf Grund eines sturen linearen antidemokratischen Proporztes zurückgedrängt. (Starke Heiterkeit - anhaltende Unruhe.) Die Verdienste, die sich die Kommunisten

während dieser Zeit in Wien erworben haben, sind nicht nur durch ein Geschenk belohnt worden, sondern es ist eine moralische Pflicht gewesen, einen Vertreter der Kommunisten in die Regierung des Landes Wien zu nehmen. (Zwischenrufe und Unruhe.)

Wenn man uns Kommunisten bei allen möglichen unpassenden Gelegenheiten den Zwischenruf "Volksdemokratie" macht, so erinnere ich besonders unsere sozialistischen Freunde daran, in welcher Gesellschaft sie die Vorwürfe gegen die Volksdemokratie erhoben haben. Es war die Gesellschaft der größten Kapitalisten und Feinde des Proletariates, der Banken und Industriekonzerne, der Reaktionäre jeder Art. (Lebhafte Unruhe - Zwischenruf: Geschichtsfälschung!) Ich erinnere an die Geschichte der Sozialistischen Partei während des ersten Weltkrieges vom 1. August 1914 bis 1918. (Gr. Sigmund. Wir haben eine jüngere Geschichte. Das ist die Haltung ihrer Partei in den letzten Wochen in Österreich). Die Kriegsverlängerer sind Staatssekretäre geworden und die Kämpfer gegen den Krieg sind in das Zuchthaus gekommen. (Anhaltende Unruhe)

Auf die Ausführungen des amtsführenden Stadtrates Dr. Freund eingehend, befaßt sich Redner zunächst mit der Kinderfürsorge. Es ist in den drei letzten Jahren gelungen, einen gewissen Stand der Kinderfürsorge zu erreichen. Die Anzahl der Kinderabteilungen ist jedoch noch ungenügend, zumal im Hinblick auf die Wohnverhältnisse, unter denen besonders die Kinder leiden. Deshalb wünschen wir, daß die Zahl der Kindergärten und der Kinderhorte so rasch als möglich vergrößert wird. Es wäre möglich in Kürze eine Anzahl von Kindergärten zu aktivieren, wo die Räume zum Teil bereits aufnahmefähig sind, zum Teil mit geringen Mitteln aufnahmefähig gemacht werden können. Hinsichtlich der Kinderhorte wäre es möglich, mehrere Schulen zu einer Gruppe zusammenzuschließen und zur Betreuung der Horte Lehrer gegen Bezahlung heranzuziehen. Schrecklich ist die Not der Kinder an Schuhen und Bekleidung. Redner unterstreicht diese Tatsache an mehreren Beispielen, aus denen diese Not klar ersichtlich wird. Besonderes Augenmerk wäre der Errichtung von Lehrlings- und Mädchenheimen zur Betreuung der Jugendlichen zuzuwenden, von denen sehr wenige in Lehrstellen untergebracht werden können.

Die Gemeinde Wien sollte Handwerkslehranstalten für Jugendliche errichten. Es wäre auch gut, die sehr mangelhaft eingerichtete Mutterberatung etwas mehr zu intensivieren. Auch die Jugendfürsorge könnte noch weitgehend vervollständigt werden. In der gehobenen Fürsorge für Erwachsene standen am 1. Jänner 1948 36.587 Personen in Betreuung. Die Fürsorgeämter sollten bei Entscheidungen über die Aufnahme in die gehobene Fürsorge nicht so rigoros vorgehen, wie dies in den letzten Monaten in vielen Bezirken der Fall war. Redner wendet sich vor allem dagegen, daß die kommunistischen Fürsorgeräte gewissen Schikanen ausgesetzt seien, so zum Beispiel im 12. Bezirk, wo sie neue Sprengel zugewiesen erhielten, in denen nur Schutthaufen vorhanden sind, um den kommunistischen Einfluß von der Bevölkerung fernzuhalten. In den Altersheimen müßte den Pflinglingen das Recht gegeben werden, Vertrauenspersonen zu wählen, die in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Mißstände abstellen können. In ausführlicher Weise bespricht er die Lage der Krüppel und die Maßnahmen, die zur Erleichterung ihres Loses beitragen könnten. Er hofft, daß es gelingen werden; trotz der Geldnot, die die Kommunisten nicht verschuldet haben, den Armen, den Kindern, den Jugendlichen und Alten das zu geben, wozu eine Gemeinde, die sich eine Kulturgemeinschaft nennt, und noch dazu eine soziale, eine rote, verpflichtet ist.

GR. Kowatsch (ÖVP) begrüßte es, daß man bei der Auswahl der Beamten für die Fürsorgeämter nur solche auswählen wird, die dafür besonders geeignet sind. Der beste Beamte wäre für diesen verantwortungsvollen Dienst gerade gut genug. Das Wohlfahrtswesen dürfe nicht nur vom finanziellen Standpunkt aus, sondern vorwiegend vom sozialen Geist geleitet und geführt werden. Es geht nicht an, daß Befürsorgte erst durch allerlei besondere Verfügungen und Verordnungen zu ihrem Recht gelangen können.

Der Redner kam dann auf die amerikanische Hilfsaktion für Dauerbefürsorgte über 65 Jahre zu sprechen, die für die Monate Februar bis April dieses Jahres je 45 Schilling erhalten. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß jene Dauerbefürsorgten, die an der Ausspeiseaktion "Helft unseren Alten" teilnahmen, um 20 Schilling weniger ausbezahlt bekommen. Da nun die davon Betroffenen aber auch schon vor Einsetzen der amerikanischen Hilfsaktion unentgeltlich an der Ausspeiseaktion teilnehmen durften, wäre es nicht ganz verständlich, wofür und auf Grund welcher Bestimmung ihnen dieser Betrag eigentlich abgezogen wird.

Diese Art der Verteilung von Auslandshilfen wäre eine Härte und dürfte weder auf die Befürsorgten noch auf die gesamte Bevölkerung einen guten Eindruck machen.

GR. Kowatsch forderte sodann die Besserreihung der Fürsorgerinnen von Verwendungsgruppe D in Verwendungsgruppe C. Er wies darauf hin, daß dieser Antrag schon vor mehr als 4 Monaten von seiner Fraktion gestellt worden sei, ohne daß bis heute eine Erledigung erfolgt wäre. Er bat sodann den amtsführenden Stadtrat für das Personalwesen, diesen Antrag einer neuerlichen wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Hinsichtlich der Erfolge der Kindergärten und Horte als vorbeugende Fürsorgeeinrichtungen richtete der Redner das Augenmerk besonders auf die Tätigkeit der Caritas und des Kinderrettungswerkes der ÖVP.

Für eine gedeihliche Zusammenarbeit in den Fürsorgeämtern wäre es erforderlich, daß auch jeweils die Stellvertreter der Vorstände der Fürsorgeämter zu den Leitersitzungen herangezogen werden.

Am Schluß seiner Rede machte GR. Kowatsch den Vorschlag, den Wiener Fürsorgeräten als Erleichterung ihrer aufreibenden Arbeit die für sie vorgesehene Straßenbahnnetz Karte nicht mehr gegen einen Rückersatz von 8 Schilling sondern unentgeltlich zu überlassen.

Dann las GR. Steinhardt als Nachtrag zu seiner Rede noch einige Anträge vor. Ein Antrag verlangt, daß die bereits fertiggestellten Räume für weitere Kindergartenabteilungen im 12., 14., 17., 20. und 21. Bezirk in Betrieb genommen werden und die Wiederherstellung der beschädigten Kindergärten im 5., 10., 11., 19., 20. und 21. Bezirk beschleunigt wird. Außerdem solle auch der weiteren Ausbildung und Anstellung einer genügenden Zahl von Kindergärtnerinnen Aufmerksamkeit zugewendet werden. Weiter sieht der Antrag Erweiterungen im städtischen Hortbetrieb vor. Der nächste Antrag behandelt die Errichtung eines Heimes für städtische Mündel im Alter von 18 bis 21 Jahren; ein anderer wieder verlangt Maßnahmen zum Ausbau der städtischen Jugendfürsorge durch die Errichtung städtischer Lehrwerkstätten. Weiter wird in einem Antrag der Ausbau der städtischen Schwangerenfürsorge gefordert. Vor allem soll die Zahl der Beratungsstellen für Schwangere vermehrt werden. Der letzte Antrag beschäftigt sich mit einer Abänderung der Grundsätze für die Heranziehung von Unterhalts-

pflichtigen zum Fürsorgekostenersatz. Es sollen die Richtsätze für die Bemessung der Fürsorgeunterstützungen erhöht werden und Verwandte nur in gerader Linie zur Unterhaltsleistung herangezogen werden; auch das aber nur dann, wenn keine Gefahr besteht, daß sie dadurch selbst in Notlage geraten. Schließlich sollen neue Richtlinien für das freibleibende Mindesteinkommen aufgestellt werden, die den gesteigerten Lebenshaltungskosten entsprechen.

GR. Nödl (SPÖ) führte aus: Der Herr Bürgermeister hat im Parlament anlässlich der Beratungen über das Abgabenteilungsgesetz erklärt, daß wir sehr sparen müssen, aber niemals bei der sozialen Verwaltung. Die Geltung unserer Stadt beruht auf der Erfüllung ihrer sozialen Aufgabe. Herr GR. Kowatsch hat ebenfalls betont, daß die Fürsorge nicht von finanziellen Mitteln abhängig gemacht werden soll. Dies ist umso mehr zu begrüßen, weil ich hoffe, daß die Gemeinderäte der Volkspartei auf ihre Freunde im Nationalrat Einfluß nehmen, damit in Zukunft unserer Gemeindevverwaltung größere Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ermöglichen, die finanziellen Ausgaben für die Fürsorge zu erhöhen. Denn alles was die Fürsorge für unsere Bevölkerung tut, das tut sie für die Zukunft unserer Stadt und für die Wohlfahrt seiner Bevölkerung. (Lobhafter Beifall.)

GR. Nödl sprach dann über die vorbildliche Führung des Wohlfahrtswesens durch Stadtrat Dr. Freund und betonte, daß nur ein Mensch mit einem gütigen Herzen so sorgen und die zur Verfügung stehenden Mittel so gerecht verteilen kann. (Beifall bei den Parteigenossen.) An dieser Arbeit haben aber auch die ehrenamtlichen Fürsorgeräte, gleichgültig welcher Partei sie angehören, großen Anteil.

Die Pädnerin appellierte dann an die Gastwirte die über größere, helle Lokale verfügen, diese für Wärmestuben bereitzustellen. Auch wäre es dringend notwendig, daß die Gemeinderäte der ÖVP ihnen Einfluß auf die Bauern geltend machten, daß diese mehr Milch abliefern, die dringend auch von der Tuberkulosen-Fürsorge benötigt wird.

Ist uns die Fürsorge für die Erwachsenen eine selbstverständliche Pflicht, so ist uns die Kinder- und Jugendfürsorge eine Herzenssache. Wir müssen dafür sorgen, daß wir frohe und gesunde Kinder großziehen, denn dadurch ist gewährleistet, daß die Zukunft unseres Landes auf eine gesunde Basis gestellt wird.

Die Rednerin wendete sich nun an die Gemeinderäte der kommunistischen Fraktion. Gemeinderat Steinhardt hat bemerkt, daß unsere Kinder zu wenig Schuhe haben und daß es die größte Sorge der Mütter ist, wie sie den heranwachsenden Kindern eine anständige Fußbekleidung verschaffen können. Die Kommunistische Partei habe aber gute Verbindungen zu einer Schuhfabrik. Es liegt an ihr, hier helfend einzugreifen. (Zustimmung bei der Sozialistischen Partei.)

Betreffend unsere Kinder gibt es aber noch verschiedene andere Sorgen. Zu den zwei bestehenden Kinderkrippen sollen in diesem Jahre noch zwei weitere kommen. Der Idealzustand wäre aber, daß jeder Bezirk über eine Kinderkrippe verfügt. Ähnlich ist es bei den Kindergärten. Die Gemeinde Wien verfügt heuer wohl über 25 Kindergärten mehr als im vorigen Jahr, aber gemessen an 40.000 Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren sind es noch zu wenig. Sie bieten Raum für 10.000 Kinder und ca. 10.000 Kinder besuchen private Kindergärten. Das ist eine Notlösung, denn es sollte die ganze Bevölkerung unserer Stadt teilhaben an der allgemeinen Fürsorge. Herr GR. Steinhardt hat uns eine Menge Adressen genannt, wo Lokale für Kindergärten vorhanden sind. Er hat aber zwei Lokale vergessen, die von kommunistischen Organisationen besetzt, aber nur sehr unzulänglich ausgenutzt sind. Die Kommunistische Partei möge ihren Einfluß geltend machen, damit diese zwei Räumlichkeiten der Gemeinde Wien für Kindergärten zur Verfügung gestellt werden.

Die Fürsorge hat in dieser Stadt viel Not, aber auch seelisches Leid zu lindern. In diesem Zusammenhang muß daher auch der vielen tausenden Kriegsgefangenen gedacht werden, die noch immer fern der Heimat sind. Die kommunistische Fraktion habe zwar gestern betont, daß es ihr Verdienst sei, die Heimkehr der Kriegsgefangenen eingeleitet zu haben. GR. Nödl erinnerte daran, daß der verstorbene Vizebürgermeister Speiser im Parlament an NR. Fischer den Appell gerichtet habe, dafür zu sorgen, daß die Kriegsgefangenen aus dem Osten zurückgeschickt würden. Dieser habe aber erwidert; ohne offiziellen Auftrag könne er nichts tun. Es sei nicht angebracht, das Elend der wartenden Frauen propagandistisch auszunützen. Es soll uns vielmehr darum gehen, daß diese Frauen endlich ihre Männer und Söhne wieder bekommen. Im Namen der Menschlichkeit appellierte GR. Nödl an die kommunistische Partei, ihren ganzen Einfluß auf ihre Bruderpartei in Moskau geltend zu machen, daß endlich auch der letzte Kriegsgefangene in die Heimat zurückkehren könne.

Abschließend führte die Rednerin aus, daß Bürgermeister Kömmer im Nationalrat einmal sagte: "Die Geltung der Stadt Wien beruht in der Welt darauf, daß hier einmal diese vorbildliche Fürsorge geschaffen wurde." Wir müssen uns über eines klar sein, es ist notwendig Häuser aufzubauen, der Bevölkerung Kultur zu geben, aber das Wichtigste ist der Mensch und diesen wollen wir in unserer Fürsorge betreuen und erfassen. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Maller (KPÖ) erinnert daran, daß es nicht die KPÖ war, welche 1945 ein Plakat mit dem Inhalte herausgegeben hat, die Nazi in die Sowjetunion und dafür die Kriegsgefangenen nach Hause zu bringen. (Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ). Wir wollen uns nicht bei den Nazi einhauen, sondern nur aufzeigen, wie man verschiedene Fragen in den verschiedenen Jahren verschieden stellen kann. (Anhaltende Zwischenrufe.) Es war meine Partei, welche ohne Propaganda und Agitation, einen energischen Schritt gemacht hat, und auf Grund dieses Schrittes sind die Kriegsgefangenen zurückgekehrt. (Wiederholte Zwischenrufe.) Es gibt aber noch eine Reihe, die noch nicht heimgekehrt sind. (Zwischenruf: Siehe Jugoslawien?) Sehr richtig! Das habe ich auch in der Kriegsgefangenenkommission in Anwesenheit des Herrn Bundesministers Helmer festgestellt. Es sind in erster Linie jene Leute, die im Moment der Gefangenschaft unter dem moralischen Druck der deutschen Mitgefangenen nicht wußten, welche Staatsbürgerschaft sie angeben sollten, und dann "Ostmärker" oder "Deutsche" angegeben haben. Es gilt heute, ihre Staatsbürgerschaft zu klären und die sowjetischen Stellen aufzuklären, daß es sich hier um Österreicher handelt. Dann werden auch diese Kriegsgefangenen heimkehren, was niemand sehnlicher wünscht, als wir selbst.

Stadtrat Dr. Freund unterstrich in seinem Schlußwort die überparteiliche Führung des gesamten Wohlfahrtswesens. Übergriffe oder Benachteiligungen auf den Fürsorgeämtern oder durch Fürsorgegeräte wären ihm bisher nicht zu Ohren gekommen. Er hätte im Gegenteil rührende Beweise für die Anhänglichkeit kommunistischer Fürsorgerätinnen an sozialistische Amtsvorstände.

Was das Kindergartenwesen betreffe, so wäre es erfreulich, daß es alle drei politischen Parteien, als ein dringendes Problem betrachten. Doch dürfen die Schwierigkeiten nicht übersehen werden, weil gerade dafür sehr viel Geld erforderlich ist. Im Augenblick muß Hilfe dort gewährt werden, wo sie am allerdrin-

StR. Dr. Freund schloß sich dann vollinhaltlich der Forderung der GR. Nödl auf Freigabe von Parteilokalen für Kindergärten an.

Was die Ausgabe von Kinderschuhem im vorigen Jahr betreffe, so wäre sie nur durch einen glücklichen Zufall möglich gewesen. Das Wohlfahrtsamt ist aber kein Wirtschaftsamt, und es muß unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß künftig Kinderschuhe auch im freien Handel erhältlich sind.

StR. Dr. Freund machte sodann die Mitteilung, daß nach einem anfänglichen Rückgang die Zahl der ⁱⁿgehobener Fürsorge stehenden Fälle jetzt wieder auf 40.600 und 12.000 Mitunterstützte angestiegen ist. Bei der Beurteilung der Bedürftigkeit werde sehr objektiv und mit dem größten Wohlwollen vorgegangen. Eine Erhöhung der Richtsätze für die Bemessung der Fürsorgeunterstützungen und eine Aufstellung neuer Richtlinien für die Heranziehung von Verwandten zur Unterhaltungsleistung sei in der jetzigen finanziellen Situation nicht möglich. StR. Dr. Freund sagte; "Wir leben in einer Notgemeinschaft, der sich niemand entziehen kann. Auch die Familie muß, wie es natürlich ist, und wie es dem Gesetz entspricht, in solchen Zeiten eine Notgemeinschaft errichten. Zuerst müssen die Familienangehörigen herangezogen werden, um ihren Angehörigen zu helfen, bevor zu den öffentlichen Mitteln gegriffen wird!"

Was die KPÖ betreffe, so nehme sie an allen Sitzungen des Wohlfahrtsausschusses teil. Es wäre deshalb nicht notwendig, daß sie alle ihre Anträge direkt in den Gemeinderat bringt. Wenn sie es trotzdem tut, dann eben mit einer bestimmten Absicht. Die KPÖ-Presse muß sich aber dann gefallen lassen, daß sie vom Wiener Volks als demagogisch bezeichnet wird. (Starker Beifall.)

Am Schluß seiner Ausführungen erklärte der Referent, daß er den festen Willen habe, die Fürsorge nach den bestehenden Gesetzen zu leiten. Wo aber keines ist, dort wird nach Herz und Verstand geholfen werden. Wien soll keine Stadt der Befürsorgten, aber wieder eine Stadt der Fürsorge werden. (Beifall.)

Die Anträge des Gemeinderates Steinhardt über die städtische Schwangerenfürsorge, die Errichtung städtischer Lehrwerkstätten, die Schaffung eines Heimes für städtische Mündel und die Eröffnung weiterer Kindergartenabteilungen wurden geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt. Der Antrag über die Abänderung der Grundsätze für die Heranziehung von Unterhaltspflichtigen zum Fürsorgekostenersatz wurde abgelehnt.

GR. Dr. Robetschek übernimmt den Vorsitz.

Über das V. Hauptstück, Gesundheitswesen, erstattete Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) Bericht. Er führte unter anderem aus: Stadtrat Resch hat mit Recht darüber geklagt, daß die Fondskrankenhäuser für das Budget unserer Stadt eine starke Belastung bedeuten. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß es mir wesentlich erscheint, die Einheit der Verwaltung für das Gesundheitswesen der Stadt Wien zu erhalten.

Sehr erfreulich ist es, daß die Anzahl der Betten in den Krankenhäusern die vor dem Krieg 12.000 betrug, heute bereits nicht nur erreicht, sondern um 1.411 überschritten ist. Leider sind noch immer einige Krankenhäuser von den Alliierten besetzt. Das Wiedner Krankenhaus wurde zwar übergeben, ist aber in einem sehr schlechten Zustand, sodaß zu überlegen sein wird, was damit geschehen soll. Wir haben auch eine Reihe von wichtigen Abteilungen neu errichtet, so zum Beispiel das Zentrale Infektionskrankenhaus und ein Spital in Floridsdorf, das zwar nicht dem Ideal entspricht, aber doch seinen Zweck erfüllen kann.

Eine ganz große Sorge bedeutet für uns die Wäschebeschaffung. In dieser Beziehung steht es geradezu trostlos und es ist bereits so, daß die Leute manchmal die Bettwäsche mitnehmen müssen, wenn sie aufgenommen werden sollen. Diesen Übelstand kann nur durch eine großzügige Materialbeschaffung abgeholfen werden und ich hoffe, daß der neue Handelsminister uns hier helfen wird.

Zu den Jugendfürsorgeanstalten erwähne ich nur kurz, daß im letzten Jahr wieder eine Reihe zurückgegeben wurde, die alle in Verwendung stehen. In den Alters- und Obdachlosenheimen haben wir gleichfalls den Bettenstand der Vorkriegszeit erreicht, teilweise sogar überschritten, doch ist es hier leider so, daß ein großer Teil für die sogenannten Rückwanderer in Anspruch genommen werden muß.

Beim Rettungsdienst kann ich Erfreuliches berichten. Im Jahre 1938 hatten wir beim Rettungsdienst 19 Wagen, heute aber 27. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Krankenbeförderungsdienst, der von 49 Wagen, die er seinerzeit besessen hat, jetzt wieder 45 in Betrieb hat. Allerdings sind die Wagen nicht so schön und auch nicht so gut, wie vor dem Krieg. Die Rettung hat auch sonst eine beachtliche Leistung vollbracht. 17.265 Personen wurden geführt und dabei 236.854 Kilometer gefahren.

Der Krankenbeförderungsdienst hat 76.842 Personen befördert und sogar 975.555 Kilometer zurückgelegt.

Zum Apothekenwesen und zur Medikamentenbeschaffung sagt der Referent: Die Spitäler sind versorgt, wenn auch nicht sehr glänzend. Bei den praktischen Ärzten ist es schwieriger. Wir haben aber Verhandlungen mit Italien angebahnt, um eine größere Menge von Rohstoffen einführen zu können. Dann werden wir auch in dieser Beziehung bessere Verhältnisse haben. Die Ärzteschaft hat ihre Pflicht nicht nur erfüllt, sondern noch ein Übriges getan. Daher ist es um so bedauerlicher, daß noch nicht alle ihre Wünsche erfüllt wurden. Die Wiener wissen, was die Ärzte und Schwestern in den Spitälern leisten. Heute gibt es 832 Ärzte und 200 zum Teil bezahlte Aspiranten. Die Zahl der Schwestern beträgt 5.355. Für die geistlichen Schwestern, deren Zahl ebenso wie die der weltlichen sinkt, wurde ein Vertrag abgeschlossen, der ihre berechtigten Wünsche erfüllt. Es ist ein großer Mangel an geschultem Pflgepersonal festzustellen. Zur Zeit gibt es 79 Mutterberatungsstellen und 5 Schwangerenberatungsstellen. Im schulärztlichen Dienst sind 70 Ärzte tätig. Bei der Gewährung von Krankenzubußen konnte der Zeitraum von der Untersuchung bis zur Übergabe der Zubußen verkürzt werden. Bedauerlich ist es, daß noch keine Beratungsstellen für Nerven- und Gemütskranke, keine Süchtigen- und Trinkerfürsorge und keine Eheberatungsstellen eingerichtet wurden.

Unter den Krankheiten, die die Stadt besonders bedrohen, steht die Tuberkulose im Vordergrund. Während im Jahre 1945 28.659 Tuberkulosefälle erfasst wurden, waren es im Jänner 1948 38.957. Das ist die höchste Zahl, die in Wien überhaupt jemals festgestellt wurde. Ich habe es den Bauern gesagt, sie müßten, wenn schon nicht einer aus menschlichen oder christlichen Haltung, doch wenigstens aus der Einsicht der eigenen Gefahr, die ihnen durch diese Krankheit droht, helfen. Die Sterblichkeit von Tuberkulosen betrug im Jahre 1938 1.910, im Jahre 1945 4.213 und jetzt 1.981. In den 19 Stellen der Tuberkulosefürsorge in den Bezirken sind insgesamt 34 Ärzte tätig, dazu kommt noch die Zentral-Röntgenstelle. An Spitalbetten stehen in Wien für Tuberkulose 1.608, in Heilstätten nur 910 zur Verfügung. Es fehlen immer noch ungefähr 1.000 Betten. Wir waren vielfach nur infolge der sehr weitgehenden ausländischen Hilfe in der Lage, den Tuberkulosekranken zu helfen und müssen mit Dank anerkennen, daß eine ganze Reihe von internationalen Hilfsmaßnahmen erfolgreich dazu beigetragen hat, daß wir in dieser fürchterlichen Krankheit nicht schon erstickt sind. (Lebhafter Beifall.)

Von der Geschlechtskrankenfürsorge wurden 1945 12.481, 1946 19.147 und jetzt 12.915 Personen erfaßt, davon 4.919 an Lues Erkrankte. Es ist zwar ein Rückgang festzustellen, die Krankheit bedroht aber noch immer die öffentliche Hygiene. Es hilft nicht, nur den Körper zu schützen, man muß sorgen, daß auch ein gesunder Geist vor dem Verfall des Körpers schützt. (Beifall bei der ÖVP). Die Infektionskrankheiten waren in den ersten Jahren nach der Befreiung groß. Sie sind jetzt auf ein normales Maß zurückgegangen. Im Jahre 1947 war lediglich die Zahl der Kinderlähmungsfälle außerordentlich groß, nämlich 488 erfaßte Fälle, davon 77 mit tödlichem Ausgang. Im Jänner dieses Jahres wurden drei Fälle verzeichnet.

Die Typhusfälle, die im Jahre 1945 eine besorgniserregende Höhe annahmen, konnten durch viele neue Einrichtungen stark herabgesetzt werden. Dies ist vor allem durch Verbesserungen in der Wasserversorgung und in der Abfallbeseitigung, die zwar noch immer nicht zufriedenstellend ist, gelungen.

Die richtige Unterbringung und der Ausbau unserer hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt wäre dringend in Angriff zu nehmen.

Wir haben große Pläne, zu deren Verwirklichung uns aber die nötigen Mittel fehlen. Gerade auf dem Gebiete des Gesundheitswesens wäre es notwendig, Positives zu sehen. Es wäre eine herrliche Aufgabe neue Spitäler zu bauen, in anderen wieder Ambulatorien einzurichten und noch viele andere Probleme zu lösen. So würden wir es als eine der dringendsten Maßnahmen betrachten, das Floridsdorfer Notspital auszubauen.

Abschließend gedachte Vizebürgermeister Weinberger des aufopferungsvollen Dienstes der Ärzte, Schwestern, Pfleger und Pflegerinnen, der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Gesundheitsdienstes und sprach ihnen den Dank der Stadt Wien aus. Er erwähnte auch den unfreundlichen Angriff gegen den Primarius des Infektionsspitals, Dr. Zikowsky. Es gäbe nichts Verwerflicheres als zu versuchen, Menschen, die in schweren Zeiten ihre harte Pflicht vorbildlich erfüllen, ihren Ruf zu mordern.

Mit einem Appell an die Bediensteten der Krankenhäuser und Anstalten und mit der Feststellung, daß er trachten werde, den guten Ruf, den das Wiener Gesundheitswesen mit Recht gehabt hat, auch in diesen schwierigen Zeiten aufrechtzuerhalten, schloß Vizebürgermeister Weinberger seine Ausführungen. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Steinhardt (KPÖ) hob besonders die Leistungen der Schwestern und Ärzte in der Tbc-Fürsorge hervor und forderte für sie entsprechende Bezahlung.

Er verlangte ferner die Errichtung einer Trinkerfürsorge und einer Trinkerheilstätte. Dies sei schon deshalb notwendig, weil sich ein Teil der Jugend in Bars und Gaststätten dem Trunk ergibt.

Eine weitere Notwendigkeit wäre der Ausbau der Medizinaluntersuchungsstelle, da die bestehende Anlage der Stadt Wien unwürdig wäre. Dieser Anstalt kommt besondere Bedeutung zu, da sie sich mit der Erforschung der Bazillenträger und der regelmäßigen Untersuchung des Wiener Trinkwassers zu beschäftigen hat.

Für die große Zahl von Berufskrankheiten sowie für Gemütskranke usw. forderte er die Errichtung neuer Anstalten. Das gleiche gelte auch für Alterskranke und chronisch Kranke, die einen fremden Bestandteil in den Altersheimen darstellen.

GR. Steinhardt verlangte sodann eine bessere Betreuung in den Krankenhausambulatorien. Die Praxis hat ergeben, daß dort viel zu wenig Fachärzte Dienst machen, und durch die abwechselnde Verwendung von Assistenz- und Gastärzten zum Nachteil der Patienten immer wieder verschiedene Therapien angewendet werden.

Sodann schilderte der Redner die Not der Tbc-Kranken und verlangte die Bildung einer gemeinsamen unbürokratischen Körperschaft, die sich mit der Bekämpfung der Tbc beschäftigen sollte. Es wäre auch notwendig, die Müllabfuhr zu verbessern und vor allem die offenen Müllabfuhrautos mit einem Dach zu versehen.

Weiter beantragte GR. Steinhardt die Ausstellung von Diplomen an die Pflegerinnen und Schülerinnen der Kinderpflegeschule in der Glanzinggasse.

Er stellte sodann fest, daß Wien nicht nur für die Gesunderhaltung der Wiener sorgt, sondern daß die Wiener Anstalten zu 20 Prozent auch für Niederösterreich und die andern Bundesländer arbeiten. 10 Prozent der Betten in den Wiener Spitälern sind von Flüchtlingen belegt. Es gehe nicht an, daß die Stadt Wien in ihrer bedrängten Finanzlage weiterhin für alle diese Leistungen aufkommt und es wäre die Aufgabe des Stadtrates für Gesundheitswesen, beim Bund entsprechende Vergütungen zu verlangen.

Der Redner forderte die allgemeine Einführung der Calmette-Schutzimpfung im Kampfe gegen die Tbc, da nicht einzusehen sei, daß dieses ausgezeichnete Verfahren, das überall im Ausland angewendet wird, nicht auch den Wienern zugute kommen soll.

Hinsichtlich der Ernährung der Kranken wäre es notwendig, eine bessere Auswahl der Nahrungsmittel zu treffen. Außerdem müsse der Schleichhandel mit Mangelmedikamenten schärfstens bekämpft werden.

Am Schluß seiner Rede vorlas GR. Steinhardt die entsprechenden Anträge.

Für die ÖVP ergriff in der Spezialdebatte GR. Seifert das Wort. Er sagte unter anderem: Wenn wir nach einem Überblick auf das Jahr 1947 sagen können, daß es relativ günstig abgeschlossen wurde, so ist es schon ein großes Lob für unser Gesundheitswesen. Der Redner ging sodann im einzelnen auf die verschiedenen Gebiete der Tätigkeit der Geschäftsgruppe V ein. Er hob die erfolgreiche Bekämpfung der Typhusepidemie hervor und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß in der Zahl der Geschlechtskranken wenigstens keine Steigerung eingetreten sei. Erfreulich ist auch, daß sich die Diphtherie- und Scharlachkrankungen bereits auf der selben Höhe wie 1938 halten. Bei den Kinderlähmungen regt GR. Seifert an, daß man dazu übergehen müsse, die Ärzte zu schulen, um die Fälle durch Frühdiagnose zu erkennen, wodurch restlose Ausheilung möglich wäre. Zu der hohen Zahl der Tbc-Fälle sagte der Redner: Hier können wir nur unseren Stadtrat bitten, daß er seine ganze Kraft im Kampf gegen diese Krankheit einsetzt. Er stellte in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob das Tbc-Referat im Wohnungsamt bereits arbeite. Er gab dann seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Ärzte ihre Pflicht gemäß der alten Tradition der Wiener Schule erfüllen und stellte dazu die Frage, ob die bereits genehmigte Anstellung der Arztaspiranten schon erfolgt ist. Zu der Tatsache, daß in Schwesternberufen fühlbarer Mangel herrscht, regte GR. Seifert an, den Ursachen der Schwesternflucht nachzuforschen, um diese betrübliche Erscheinung zu verhindern.

Zum Voranschlag 1948 führte er aus, daß dieser wohl nicht auf der Höhe einer modernen Großstadt sei, daß aber schließlich auch die Situation in der sich die Gemeinde Wien befindet, viel schwerer als im Jahre 1919 ist. Unsere Anstalten stammen auch zum großen Teil aus einer Zeit, die 50 bis 60 Jahre zurückliegt und entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen.

So müssen wir sagen, daß ein vollständiger Neuaufbau der Grundlagen des Gesundheitswesens notwendig wäre. Das ist freilich in der heutigen Zeit nicht zu machen und wir müssen uns so gut behelfen, als wir eben können.

Der Redner sprach sich dann ablehnend gegen einen gewissen Bürokratismus im Gesundheitsamt aus und stellte fest, daß gerade hier Bürokratie ein unbekannter Begriff sein müßte. Ein vor längerer Zeit eingereichtes Subventionsansuchen der Gesellschaft für Krebsforschung ist bis heute noch nicht erledigt.

Inzwischen hat GR. Amalie Reiser (SPÖ) den Vorsitz übernommen.

GR. Lötsch (SPÖ) beschäftigte sich mit der Lösung des Problems des Floridsdorfer Notspitals. Vizebürgermeister Weinberger hat durchblicken lassen, daß bei Vorhandensein der nötigen Mittel die Errichtung eines, allen Anforderungen gerecht werdenden Spitals in Floridsdorf geplant ist. Auf die Einlösung solcher Versprechungen warten die Floridsdorfer schon mehr als 4 Jahrzehnte. Das im Jahre 1940 in einer Schule eingerichtete Notspital ist zwar mustergültig geführt, es ist aber doch nur ein Notspital. Der Mitteltrakt ist außerdem völlig zerstört und die Spitalsverwaltung trägt sich mit dem Gedanken, diesen neu aufzubauen und mit den beiden Seitentrakten zu verbinden. Ein Kostenvoranschlag hat ergeben, daß hierfür 1.6 Millionen S notwendig wären. Es ist aber leider nicht gelungen, diesen Betrag im Budget unterzubringen. Hierzu kommt noch, daß auch die Verwaltung in einem Seitentrakt untergebracht ist. Ihre Unterbringung in einer Baracke würde Raum für ungefähr 50 Betten schaffen. Aber auch die Errichtung einer solchen Baracke kostet Geld. GR. Lötsch glaubt aber die Möglichkeit zu haben, diese Mittel zur Verfügung stellen zu können. In den Mai-Tagen des Jahres 1945 wurde unter den Arbeitern von Floridsdorf eine Sammlung veranstaltet, die ungefähr 600.000 Mark eingebracht hat, um damit eine Kaserne in Stammersdorf als Spital einzurichten. Es wurden bereits 150.000 Mark für die Anschaffung verschiedener Baumaterialien verwendet, als die Russen kamen und die Kaserne besetzten und seither für ihre Zwecke verwenden. Es wurde uns nicht einmal erlaubt, das erworbene Baumaterial wegzuschaffen (Rufe: Hört, hört.) Die übriggebliebenen 400.000 Mark wurden nun in 400.000 S ungewandelt, von denen sofort 200.000 S und die übrigen 100.000 bis Ende dieses Jahres flüssig gemacht werden könnten. GR. Lötsch richtete nun im Namen der Floridsdorfer Arbeiterschaft an Vizebürgermeister Weinberger die Bitte, von diesem Betrag widmungsgemäß Gebrauch zu machen. (Allgemeiner Beifall.)

Zu dem Antrag des GR. Steinhardt betreffend Errichtung einer Trinkerheilanstalt bemerkte der Redner, daß sich der Arbeiter-Abstinenzantenbund schon lange bemühe, eine solche Einrichtung zu schaffen. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Antonie Platzer (SPÖ) lenkt die Aufmerksamkeit auf die baulichen sowie ausstattungs-mäßigen Bedürfnisse einzelner Spitäler, so besonders des Preyerschen-Kinderspitales und des Triester-Spitales, des weiteren auf die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. In dieser Beziehung besteht noch mancher Mangel, so vor allem an Röntgenapparaten. Besondere Anerkennung gebührt der Aktion der Kinderfreunde "Sonnenland", die im vergangenen Jahr 10.000 Kinder in Erholungsstätten gebracht und zusätzlich gepflegt hat. Es sei unerlässlich, daß alle Spielwiesen und die dazu geeigneten Flächen ohne Verzögerung wieder den Kindern zur Verfügung gestellt werden. Rädnerin schließt mit dem herzlichen Dank für die im Gesundheitsdienst beschäftigten Angestellten, die unter Aufbietung aller Kräfte ohne Rücksicht auf ihre Dienstzeit im Dienste der Gesundheit ihr möglichstes getan haben. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ).

Vizebürgermeister Weinberger stellte in seinem Schlußwort fest, daß schon immer alles unternommen wurde, um eine bessere Versorgung der Wiener Krankenanstalten mit Lebensmitteln zu erreichen. Es wäre deshalb überflüssig, dafür einen besonderen Antrag zu beschließen.

Was die Erhöhung des Personalstandes in verschiedenen Sparten des Gesundheitswesens betrifft, so handelt es sich dabei um ein ernsthaftes Finanzproblem, das nicht so ohne weiteres zu lösen sei. Hinsichtlich der Errichtung einer Trinker-Heilstätte seien verschiedene Maßnahmen im Gange und es besteht die Hoffnung, daß dieses Projekt bald verwirklicht wird.

Der Referent stellte fest, daß die Einführung der Calmette-Schutzimpfung auch von ihm gewünscht werde, doch wären hier die Beschlüsse der Ärzte maßgebend.

Eine Vergrößerung des Preyerschen-Kinderspitales könne erst dann erwogen werden, wenn die entsprechenden Rechtsfragen der Nachfolge des Vereines klargestellt sind.

Eine unbedingte Notwendigkeit wäre die Errichtung von Röntgenstationen im 14. Bezirk und in Mauer. Es besteht eine ganz leise Hoffnung, daß die notwendigen Geräte beschafft werden können.

Das Tbc-Wohnungsreferat, in dem das Wohnungsamt und das Gesundheitsamt zusammenarbeiten, hat in Anbetracht der bekannten Lage auf dem Wohnungsmarkt bisher keine wesentlichen Erfolge gezeitigt.

Vizebürgermeister Weinberger erklärte am Schluß seiner Rede, daß er alles tun werde, daß Wien hoffentlich recht bald wieder nicht nur eine Stadt mit schönen Wohnungen, voll Kultur und Freude wird, sondern auch eine möglichst gesunde, ja die gesündeste Stadt Europas. (Starker Beifall.)

Von den 12 Anträgen des GR. Steinhardt wurden acht der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt und vier abgelehnt.

Unterbrechung des Berichtes über die Budgetdebatte

=====

Lainzer Tiergarten ab Ostersonntag geöffnet

=====

Heuer wird der Lainzer Tiergarten von Ostersonntag bis einschließlich 26. September an jedem Samstag, Sonntag und Feiertag von 8 Uhr früh bis zum Einbruch der Dunkelheit geöffnet sein. An Samstagen können das Lainzer-, Steg- und das Pulverstampfer, an Sonn- und Feiertagen auch noch das Adolfs- und das Dianator benützt werden.

Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 50 Groschen, für Kinder 20 Groschen. Für einen Kraftwagen einschließlich Lenker sind 20 Schilling für ein Motorrad samt Fahrer 5 Schilling zu bezahlen.

Die Fahrt durch den Tiergarten mit Kraftwagen oder Motorrädern ist wegen der Staubplage nur an Samstagen gestattet.

Strümpfe auf Bezugsmarken

=====

Wie das Hauptwirtschaftsamt mitteilt, werden in den ersten Tages des Monates April durch die Kartenstellen Bezugsmarken für Strumpfwaren ausgegeben, für die Lieferzusagen nicht mehr notwendig sind.

Um Überschneidungen zu vermeiden, können daher Anträge auf Strümpfe gegen Lieferzusage nur mehr bis 27. März bei der zuständigen Kartenstelle eingereicht werden. Dafür erhaltene Bezugsscheine müssen jedoch bis 30. März 1948 eingelöst werden.

Keine Änderung im Stadtsenat

Im Zusammenhang mit den Ausführungen des Vizebürgermeisters Honay in der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates und der Ablehnung der von der kommunistischen Fraktion zur Verwaltungsgruppe Personalwesen gestellten Anträge wird festgestellt, daß die Nachricht eines Abendblattes über Parteienverhandlungen, deren Zweck Änderungen in der Zusammensetzung des Wiener Stadtsenates sein soll, jeder Grundlage entbehrt.

Lebensmittelkarten rechtzeitig einlösen

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Kauflote haben am Ende der Periode ihren Lagerbestand zu melden. Bis dahin müssen sie die aufgerufenen und ausgelieferten Lebensmittel verkauft haben. Die Verbraucher werden daher darauf aufmerksam gemacht, daß die aufgerufenen Lebensmittel im Laufe der Woche bezogen werden müssen. Die Abschnitte für solche Lebensmittel, die beim Kleinhändler vorrätig sind, verlieren mit Ende der Periode, das ist am 28. März, ihre Gültigkeit. Nach diesem Termin werden nur solche Abschnitte eingelöst, für die der Geschäftsmann nachweisbar noch keine Warenlieferung erhalten hat. Gutschriften sind verboten.

Ein Freund Wiens verläßt unsere Stadt

Kapitän Nils Thalen, der seit acht Monaten die Tätigkeit der Schwedischen Hilfsaktion und des Schwedischen Roten Kreuzes in Wien leitet, fährt in den nächsten Tagen in seine Heimat zurück. Kapitän Thalen, der der Nachfolger von Dr. Arneus war, hat die segensreiche Tradition der Schwedenhilfe erfolgreich fortgesetzt. Aus dem Anlaß seiner bevorstehenden Rückreise nach Schweden wurde er heute nachmittag von Bürgermeister Dr. h.c. Körner in Anwesenheit von Stadtrat Dr. Freund im Rathaus empfangen. Der Bürgermeister dankte Kapitän Thalen mit herzlichen Worten für seine Tätigkeit in Wien und bat ihn, dem schwedischen Volk die Bewunderung, die die Wiener für seine Nation empfinden, zu übermitteln.

Kapitän Thalen versicherte, daß er Wien und seine Bevölkerung in dieser kurzen Zeit außerordentlich schätzen gelernt habe und daß er nur schwer von hier wegfare.

Gemüseaufruf
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf Abschnitt 26 bzw. 126 des Gemüsebezugsausweises erhalten alle Verbraucher ein halbes Kilogramm Gemüse ohne Anspruch auf eine bestimmte Warensorte.

Die Abschnitte 13, 113 und 152 des Gemüsebezugsausweises sowie der Abschnitt 18 der Zusatzkarten der laufenden Versorgungsperiode werden nur mehr bis Samstag, den 27. März eingelöst.

Zwiebelausgabe
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf Abschnitt 6 der Zusatzkarten der 39. Versorgungsperiode erhalten Angestellte, Arbeiter, Schwer- und Schwerstarbeiter ein achtesel Kilogramm Zwiebel bei ihrem Erdäpfelhändler. Der Abschnitt wird vom Kleinhandel verrechnet.

Fortsetzung des Berichtes über die Budgetdebatte
=====

Das Referat über das VI. Hauptstück, Bauangelegenheiten, erstattet Stadtrat Novy (SPÖ). Er führte unter anderem aus: Die Verwaltungsgruppe, die den sozialen Wohnhausbau durchzuführen hatte, war früher, mit Ausnahme der Verwaltungsgruppe für Finanzen, die meist umstrittene Gruppe und es hat hier im Gemeinderat auf diesem Gebiet schwere Auseinandersetzungen gegeben. Heute sind die Dinge wesentlich anders. Schon die Generaldebatte hat ergeben, daß nach der Meinung der Parteien in diesem Haus die soziale Wohnbautätigkeit notwendig ist. Schon deshalb, weil wir überzeugt sind, daß es in den nächsten Jahren keine nennenswerte private Bautätigkeit geben wird. Meine Partei ist weiter davon überzeugt, daß wir den Mieterschutz nur dann halten können, wenn wir sozialen Wohnhausbau betreiben.

Es hat bereits der Stadtrat für Finanzen auseinandergesetzt, daß im heurigen Jahr weit über 90 Millionen für den Neubau von Wohnungen ausgegeben werden. Die Baukosten der einzelnen Wohnungen wurden ebenfalls bereits geschildert und auch davon gesprochen, daß wir mit diesem Geld nicht sehr viel werden bauen können. Daß wir nicht schon früher bauen konnten, hat seinen Grund darin, daß wir viel zu wenig Baumaterial gehabt haben. Die Aussichten für dieses Jahr werden wesentlich besser sein, dank der größeren Kohlenzuteilungen an die Baustoffherzeugungsbetriebe auch mehr Baustoffe vorhanden sein werden. Aber wir werden doch großen Mangel an Eisen haben. Für unser Bauprogramm würden wir im 2. Quartal 7000 Tonnen Eisen benötigen. Wir haben aber nur Aussicht auf 5100 Tonnen für das ganze Jahr. Wir müssen daher heute schon jeden Versuch unternehmen, das Bauprogramm mit nur geringem Eisenverbrauch herzustellen, damit wir in diesem Jahr keine Stockung erleiden.

Wir werden aber nicht nur Neubauten durchführen, sondern wir werden gleichzeitig auch die Kriegsschadenbehebung weiter fortführen, obwohl das Wiederaufbaufondsgesetz noch immer nicht besteht.

Seit 1945 werden in Wien Kriegsschäden an gemeindeeigenen Häusern behoben und die Gemeinde hat unzählige Millionen dafür ausgegeben und wir werden auch heuer große Beträge dafür ausgeben müssen. Wir sind daher in unseren Mitteln, weil wir sie völlig aus eigenem aufbringen müssen, beschränkt. Trotz allen Schwierigkeiten aber wurden im vergangenen Jahr nahezu 30 Millionen Schilling ausgegeben. Es kann die Frage auftauchen: "Warum überhaupt Neubau und nicht nur Behebung von Kriegsschäden?" Es ist bekannt, daß wir die Siedlungen, die zum Teil schon begonnen wurden, mit den Vibro-Steinen bauen wollen. Diese Steine kann man aber nicht zu allem verwenden. Deshalb wollen wir mit ihnen die Neubauten ausführen und die Ziegel für Kriegsschäden verwenden.

Im vergangenen Jahr haben wir 1500 Gemeindewohnungen wieder bewohnbar und einige tausend Gemeindewohnungen ungefährdet gemacht. In weiteren Tausenden von Wohnungen haben wir kleinere Schäden repariert. Außerdem wurde auch, soweit dies möglich war, den Privaten geholfen, sodaß auch hier rund 6.500 Wohnungen wieder benutzbar gemacht wurden. Heuer soll in noch größerem Ausmaß als bisher den privaten Hausbesitzern geholfen werden, ihre Kriegsschäden zu beheben. Ich möchte hier, um Mißverständnisse zu vermeiden, sagen, daß wir dies im Interesse der Mieter und nicht der Hausherrn tun.

Wir wollen also im heurigen Jahr nicht nur versuchen, für mehr als 90 Millionen Schilling Neubauten herzustellen, sondern wir wollen auch trachten die Behebung der Kriegsschäden zumindest im selben, wenn möglich aber gegenüber dem Vorjahre in gesteigertem Ausmaß durchzuführen.

Dabei ist die Beschaffung von Dachziegeln von ausschlaggebender Bedeutung. Es hat wenig Zweck, ein Haus instandzusetzen, aber das Dach unrepariert zu belassen. Bereits im Sommer des vergangenen Jahres hat die Gemeinde Wien daher durch Kauf zweier Dachziegelerzeugungsmaschinen versucht, dieser Kalamität Herr zu werden. Zur Behebung der Dachschäden an heute bewohnten Häusern wären über 30 Millionen Dachziegel notwendig. Die Zuweisungen haben aber im Jahre 1946 nur 5 Millionen und im Jahre 1947 nur 6 Millionen Dachziegel betragen. Wenn wir auch heuer mit einer gesteigerten Zuweisung durch das Ministerium rechnen, so werden wir nicht imstande sein, diesen Mangel im heurigen oder im nächsten Jahr auszugleichen.

Die zwei neuen Maschinen, die demnächst eintreffen und in 250 Arbeitstagen 8 Millionen Dachziegel erzeugen werden, sollen etwas Abhilfe schaffen. Dadurch wird wohl der Engpaß in der Dachziegelproduktion nicht vollständig aus der Welt geschaffen, doch werden wir in der Lage sein, größere Dachflächen zu reparieren als bisher. ~~Diese neuen Dachziegel werden keine keramischen, sondern Beton-Dachziegel sein, die nicht teurer als die keramischen Dachziegel sein werden.~~ Es wird also alles versucht, auch diesen zweiten Engpaß zu überwinden.

Wir haben aber nicht nur Kriegsschäden an Wohngebäuden, sondern auch solche an allen anderen Einrichtungen der Gemeinde Wien zu beheben. Bei der Kriegsschadenbehebung an Schlachthöfen und Märkten herrscht zwar die Meinung vor, daß diese nicht so dringend sei. Es ist aber notwendig, durch rasche Behebung dieser Kriegsschäden diese Einrichtungen der Bevölkerung wieder zugänglich zu machen und auch die Gemeindeverwaltung vor weiteren finanziellen Verlusten zu bewahren. Für diese Ausgaben ist ein Betrag von 2 Millionen Schilling vorgesehen.

StR. Novy berichtete weiter, daß es in diesem Jahr gelungen ist, die gesamte Schuttmenge von den öffentlichen Straßen und Plätzen zu entfernen.

Die Kriegsschadenbehebung an Amtshäusern und Schulen muß ebenfalls raschest durchgeführt werden. Die Stadt Wien benötigt dringend drei neue Schulen, die noch im heurigen Jahre gebaut werden sollen. Ein großes Gebiet in Kaiser-Ebersdorf, am Wolfersberg und die Stadtrandsiedlung in Floridsdorf haben keine Schule und kleine Kinder müssen oft eine halbe bis dreiviertel Stunde zurücklegen, um zu einer Schule zu kommen. Für die Kriegsschadenbehebung an Schulen sind im Budget 5 Millionen, für den Neubau und für die Erhaltung der übrigen Schulen sind 6.7 Millionen Schilling vorgesehen.

Auf dem Gebiete des Tiefbaues ist die Kriegsschadenbehebung sehr weit vorgeschritten. Trotzdem benötigen wir für Erhaltungsarbeiten und Neubauten noch immer große Summen. Wir verfügen aber heute nicht über genügend Material, Arbeitskräfte und Geld, um die Sünden der Vergangenheit aus der Welt zu schaffen und müssen trachten, in den kommenden Jahren stückweise vorwärts zu kommen. Die Kriegsschadenbehebung an Brücken und Wasserschuttbauten hängt im weiten Maße von der Eisenzuteilung ab, das wir in erster Linie für die Kriegsschadenbehebung an Wohnhäusern und für den Neubau von Wohnungen verwenden müssen.

Von den 146 Brücken, die in Wien zerstört waren, sind bereits 124 entweder endgültig oder zumindest provisorisch hergestellt. Eine einzige wiederhergestellte Brücke braucht so viel Eisen wie die Kriegsschadenbehebung hunderter von Wohnhäusern und Neubauvorhaben.

Die Voraussetzungen für den Neubau unserer Hafenanlage in der Freudenau müssen schon heute begonnen werden. Die Tschechoslowakei macht alle Anstrengungen, um Bratislava als Donauhafen auszubauen. Wenn wir nicht trachten, so rasch wie möglich die Vorbereitungen zu beginnen, so werden wir gegenüber Bratislava in Nachteil kommen. Der Betrag von 8 Millionen für Neubau und 3 Millionen für Kriegsschadenbehebung an unseren Hafenanlagen ist viel zu gering.

Bei den Wasserwerken ist die Kriegsschadenbehebung nahezu vollständig fertig, in der öffentlichen Beleuchtung so weit, daß heute bereits mehr Kilometer als 1934 beleuchtet sind. Nur ist die Beleuchtung heute so, wie sie früher erst nach Mitternacht war.

Zu dem in der Generaldebatte von GR. Bauer vorgebrachten Vorwurf, daß beim Wiederaufbau Wiens zu wenig Planung bestehe, führt der Berichterstatter aus, dies sei nicht darauf zurückzuführen, daß die Beamten des Stadtbauamtes nicht all ihre Kräfte einsetzten. Im Stadtbauamt sind heute weniger Personen als vor 1938 und 1934 beschäftigt. Während damals die großen Bauprojekte der Gemeinde, zum Beispiel der Karl Marx-Hof, mit einer Bauleitung erbaut werden konnte, werden heute an die 80 verschiedenen Gemeindebauten zu gleicher Zeit ausgeführt, was nicht mit einer Bauleitung bewältigt werden kann, obwohl dabei weniger Ziegel und Zement verbaut werden. Eine großzügige Planung ist aber auch infolge der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden nicht möglich. Die Planung ^{in Wien} hängt aber auch mit dem Wiederaufbaufondsgesetz zusammen. Planung, Wiederaufbau und eine Gesundung unserer Stadt werden nur möglich sein, wenn im Zusammenhang mit dem Wiederaufbaufonds auch eine Enteignungsmöglichkeit gegen Bezahlung geschaffen wird.

Auf dem Gebiete der Kriegsschadenbehebung und des Wiederaufbaues ist unter den gegebenen Verhältnissen Ansehnliches geleistet worden. Diese Leistung war nur möglich, weil sich der gesamte Apparat des Stadtbauamtes und der Verwaltungsgruppe VI

vollkommen in den Dienst der Sache gestellt hat. Allen Angestellten und Arbeitern dieser Gruppe gebührt für die bisher geleisteten Arbeiten der Dank aller. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Maller (KPÖ) kam auf die Ruineneinstürze im Laufe des vergangenen Jahres zu sprechen und zitierte einen Aufsatz im "Amtsblatt der Stadt Wien" aus dem zu entnehmen ist, daß sich die Zahl der Dachschäden in nächster Zeit noch vermehren wird, da die Dachreparaturen zumeist nur Provisorien darstellen und im allgemeinen mit schlechtem Material ausgeführt worden sind. Es ginge nicht an, daß bestimmte Hausherren aus spekulativen Gründen die Häuser verfallen lassen. Eine kleine Gruppe von Menschen ist an der Wohnungsnot interessiert und will an der Zerstörung der Wiener Häuser auch noch verdienen. Durch Sabotage des Wiederaufbaues soll der Mieterschutz zertrümmert werden. (Zwischenrufe der ÖVP: "Gemeinheit!") Die beste Sicherung des Mieterschutzes wäre aber der kommunale Wohnhausbau.

Was das Wiederaufbaugesetz betrifft, so soll nicht immer nur davon geredet werden. Alle Kräfte dieses Hauses müßten darum kämpfen.

Der Redner regte sodann die Reparatur der Liesingbachbrücke an. Ein anderer Vorschlag bezog sich auf die Bewohner der Umgebung des Hietzinger Parkhotels, die bei dem Bombenanschlag rund 5000 Fensterscheiben verloren und sonstige Beschädigungen an ihren Wohnungen erlitten haben.

GR. Maller stellte sodann einen Antrag auf Änderung der Widmung des Baugrundes zwischen Mühlwasser und der Lobau, auf dem sich ungefähr 1500 Kleingärtner und Siedler niedergelassen haben.

GR. Dr. Kresse (ÖVP) begrüßt es, daß sich die Stadtverwaltung bemühe, so rasch als möglich durch Neubauten und Wiederinstandsetzungen die Kriegswunden der Stadt zu beheben. Die Ansätze im Budget sind zwar ein getreues Spiegelbild unserer Zeit, doch ist der Redner überzeugt, wenn es nicht gelungen wäre, den Lohn- und Preisstopp einzuführen, wir mit noch viel höheren Zahlen rechnen müßten. Außerdem wurden wir durch die Einführung des Währungsschutzgesetzes in die Lage versetzt, unserem Schilling ein gutes Fundament zu geben.

Der amtsführende Stadtrat Novy ist heute viel optimistischer als vor drei Wochen. Es gäbe wieder genügend Mauerziegel, Zement und Holz. Die Eisenbeschaffung stößt zwar immer noch auf Schwierigkeiten, doch ist in nächster Zeit die Inbetriebnahme eines weiteren Hochofens in Linz geplant.

Zur Frage des Wiederaufbaugesetzes betonte GR. Dr. Kresse, daß sich hier die Demokratie bewähren und über alle Parteiinteressen hinweg eine Einigung erzielt werden müßte. Wenn das Wiederaufbaugesetz dann endlich einen Weg weist und vor allem die Lasten verteilt, dann wird auch die Frage der Planung keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

Der Redner befragte dann den Referenten über den Beirat für die Baustoffbewirtschaftung. Dieser sollte schon im Jahre 1946 geschaffen werden.

Sehr begrüßenswert sei es, daß die Stadt Wien nun bei ihren Planungen auch junge Architekten heranzieht.

Stadtrat Resch habe in seinen Ausführungen betont, daß die Preise für Baumaterialien auf das 6 bis 7-fache angestiegen seien. Man möge aber bedenken, daß sogar in der Schweiz der Bauindex gestiegen ist. Eine Herabsetzung sei aber nicht gut möglich, denn auch die Gemeinde Wien ist gezwungen, ihre Tarife und Preise zu erhöhen.

Eine große Anzahl von Betrieben im Baugewerbe sei schon nicht in der Lage, ihre Leute zu beschäftigen.

GR. Dr. Kresse verlangt in drei Anträgen die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt bei der Endstation der Linie 38, die Instandsetzung der öffentlichen Straßenbeleuchtung beim Meidlinger Südbahnhof und eines Straßenblockes im 19. Bezirk. In einer dieser Straßen ist ein Mädchenpensionat und ein Schülerheim gelegen. Auch wäre betreffend Trockenlegung des "Friedhofsweges" im 19. Bezirk Vorsorge zu treffen. (Beifall.)

GR. Dipl. Ing. Witzmann (SPÖ) sagte unter anderem: Der Gedanke des sozialen Fortschrittes und der sozialen Fürsorge ist zum Gemeingut der zivilisierten Menschheit geworden. Er war auch vor 1934 maßgebend, als die Gemeinde Wien daran ging, Wohnhausbauten zu errichten und er ist es auch heute wieder. Wir können mit Freude feststellen, daß der Gedanke des sozialen Fortschrittes und der sozialen Fürsorge anerzogen werden kann, denn man sieht heute schon, daß alle Parteien des Hauses in

diesen Dingen einig sind, ohne nach der Rentabilität zu fragen.

Der Redner erläuterte dann an Hand eines Beispieles, daß es unmöglich sei, heute nach anderen als nach sozialen Gesichtspunkten zu bauen. So käme nach kapitalistischen Prinzipien eine Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnung auf einen Zins von 500 Schilling im Monat. Dies ist für keinen Arbeiter oder Beamten tragbar.

Der Redner kam dann darauf zu sprechen, daß nach der Ansicht von Fachleuten allein die Kriegsschadenbehebung 10 bis 20 Jahre dauern und rund 3.5 Milliarden Schilling kosten werde. Dabei beträgt der Anteil Wiens mit dem Stichtag vom 31. Dezember 1947 an total zerstörten Wohnungen 61.3 Prozent des Bundesgebietes; 58.3 Prozent der schwer beschädigten und 46 Prozent der leicht beschädigten Wohnungen. Im Jahr 1945 betrug hingegen der Anteil an total zerstörten Wohnungen 51.8 Prozent, an teilweise zerstörten Wohnungen 49 Prozent und an leicht beschädigten Wohnungen 42.8 Prozent. Man sieht daraus, wie Wien bei der Baustoffzuteilung benachteiligt wurde. Es wird auch immer vergessen, daß in den vergangenen 15 Jahren eigentlich jede Wohnbautätigkeit aufgehört hat. 74 Prozent der Wiener Wohnungen bestehen außerdem noch immer nur aus Zimmer und Küche in veralteten Häusern. Auch diese Wohnungen müssen endlich modernen Räumen Platz machen.

In diesem Zusammenhang wies GR. Witzmann die Unmöglichkeit der Durchführung des kommunistischen Wohnbauprogramms nach, da weder die Lage in der Baustoffindustrie noch die finanzielle Bedeckung so wäre, um diesen Plan zu verwirklichen. Wenn man nur die für das Baujahr 1947/48 vorgeschlagenen 6000 Wohnungen annimmt, so braucht man dafür allein an Mauerziegeln 102 Millionen Stück. Dem gegenüber steht eine Zuweisung von 17 Millionen für das Jahr 1947 und nach dem Konzentrationsbauprogramm eine solche von 70 Millionen für das Jahr 1948. Auch beim Zement liegen die Dinge ähnlich. Den, nach dem kommunistischen Programm benötigten 66.000 Tonnen Zement stehen im Jahr 1947 36.600 Tonnen und 1948 insgesamt 67.000 Tonnen Zement zur Verfügung. Jede private Bautätigkeit wäre dadurch aber unmöglich. Die finanzielle Bedeckung aus dem UNRRA-Fonds wäre, abgesehen davon, daß es nicht mehr existiert, schon deswegen nicht möglich, weil er nach den UNRRA-Statuten verboten ist, den Fonds für Wohnbauzwecke zu verwenden.

GR. Ing Witzmann schlug statt dessen einen Plan vor, der auf zwei bis drei Jahre berechnet ist und sich nach den vorhandenen Möglichkeiten richtet.

Der Redner machte weiter den Vorschlag, für die Behebung der Kriegsschäden vorallem jene Bevölkerungsschichten der Stadt und des Landes heranzuziehen, die ihr Vermögen ungeschmälert über die Zeiten des Krieges hinübergerettet haben.

Zum Schluß gab GR. Witzmann seiner Freude Ausdruck, daß hauer zum erstenmal die Gemeinde in der Lage ist, den sozialen Wohnhausbau wieder zu beginnen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtrat Novy verwies in seinem Schlußwort vor allem darauf, daß kein einziger Debattenredner gegen den sozialen Wohnhausbau Stellung genommen habe. Aus dem Umstand, daß seitens der KP-Fraktion auf das von ihr vor einem Jahr als Dringlichkeitsantrag eingebrachte Wohnhausprogramm nicht mehr zurückgekommen wurde, muß der Schluß gezogen werden, daß die kommunistische Fraktion, von ihren Fachmännern seinerzeit schlecht informiert, über diese Dinge nicht mehr weiter reden wolle. Er betrachte die Abkehr von diesem Programm als einen Akt der Einsicht, daß wir alle über die derzeitigen Verhältnisse nicht hinaus können.

In Beantwortung der Ausführungen des GR. Maller stellt Redner fest, daß die Ausstellung "Wien baut auf" auch gezeigt habe, in welcher Form und mit welchen Mitteln der Wiederaufbau der Stadt trotz der schlechten Verhältnisse erfolgen solle. Die in der letzten Zeit erfolgten Einstürze zeigen einen für unsere Stadt nahezu unerträglichen Zustand, doch wurden von der Gemeinde alle ihr zustehenden gesetzmäßigen Handhaben angewendet. In allen diesen Fällen handelte es sich um Privathäuser, in vielen Fällen um solche, die von der Baupolizei als unbewohnbar erklärt wurden, in denen aber infolge des Wohnungsmangels trotzdem Leute ohne Bewilligung gewohnt haben. Die Vorarbeiten zum Bau der Per Albin Hansson-Siedlung, vor allem die Kanalisation, seien bereits fertig-gestellt, nach Ostern werde mit dem Aufbau der Siedlung selbst begonnen. Während die KP-Fraktion des Wiener Gemeinderates die Aufbauarbeit der Gemeinde Wien ständig herabzusetzen sucht, wird sie vom Kärntner kommunistischen Parteiblatt "Volkswille" als beispielgebend hingestellt. Aus einem Artikel der "Österreichischen Zeitung" vom 21. Jänner des heurigen Jahres, der die Aufbauarbeiten in der Sowjetunion darstellt, sei

festzustellen, daß die Gemeinde Wien, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, im vergangenen Jahre ebensoviel an Kriegsschädenbehebung und Wohnraumbau geleistet habe, wie die Sowjetunion. Wenn man nun die großen Leistungen der Sowjetunion in dieser Hinsicht anerkennen müsse, dürfe von der KP-Fraktion auch für die Leistungen der Stadt Wien mehr Objektivität verlangt werden. (Starker Beifall bei der SPÖ. und ÖVP.)

Zu den 25 Gesetzentwürfen für ein Wiederaufbaufondsgesetz, die bisher im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau liegen, ist im Juli vorigen Jahres auch ein Initiativantrag der sozialistischen Nationalratsfraktion gekommen. Da diese nicht die Mehrheit im Parlament hat, kann niemand die SPÖ für das Nichtzustandekommen des Wiederaufbaufondsgesetzes verantwortlich machen.

Vor wenigen Tagen wurden bereits zwei Brücken über den Liesing-Bach kommissioniert, die trotz des ungeheuren Eisenmangels gebaut werden sollen. Bereits am Tage nach dem Sprengstoffanschlag im Parkhotel hat das Stadtbauamt dem Bezirksvorsteher des 13. Bezirkes für die durch die Explosion betroffenen Mieter der Umgebung 300 m² Glas zur Verfügung gestellt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Leute, die dieses Glas nicht zu bezahlen in der Lage sind, sollen es billiger oder sogar unentgeltlich erhalten. Bezüglich der Widmungsänderung im 22. Bezirk liegt bereits ein Antrag der Vorstehung dieses Bezirkes vor.

Das Lohn- und Preisabkommen dürfe nicht allein für die arbeitenden Menschen gelten, sondern auch für jene, für die die Preise mehr bedeuten als die Löhne. (Beifall.) Viel werde auch über die Agrarpreise gesprochen. Doch sei eine einseitige Beibehaltung des Lohn- und Preisabkommens, wobei nur die Löhne festbleiben sollen, aber nicht auch die Preise, ganz untragbar. Es gibt wohl Möglichkeiten, manche Ungerechtigkeiten dort auszugleichen, wo die einen Preise zu hoch und die anderen vielleicht zu niedrig angesetzt sind. Die SPÖ. ist sicherlich bereit, einen solchen Ausgleich herzustellen, doch dürfe dadurch das Realeinkommen der arbeitenden Menschen in keiner Weise herabgesetzt oder gedrückt werden.

StR. Novy machte sodann die Mitteilung, er hätte heute erst davon Nachricht bekommen, daß es ausgeschlossen wäre, in diesem Jahr die 400 Millionen Ziegel zu erzeugen, welche Produktionsziffer der Aufhebung der Ziegelbewirtschaftung als Begründung diene. Auch die von GR. Dr. Kresse genannte Zahl von 32 Millionen Dachziegeln könne nicht verwirklicht werden, da es die Produktion höchstens auf 24 Millionen Dachziegel bringen wird. Aus all diesen Gründen müssen die Aussichten für die Behebung der Kriegsschäden an privaten Wohnhäusern pesimistisch beurteilt werden. Es besteht vielleicht die Möglichkeit, daß die Gemeinde Wien für Ersatzausführungen von Geldinstituten 20 Millionen Schilling bekommen wird. Die Kosten von Dachreparaturen sind aber so hoch, daß damit keine großen Sprünge gemacht werden können. Es werden daher nur jene Schäden repariert, wo Einsturzgefahr oder Gefahr, daß ein Verlust an Wohnungen eintritt, vorliegt.

Die brennendste Frage ist wohl die der Bezahlung der Kosten des Wiederaufbaues. Das Volk wird fragen: Wer zahlt den Wiederaufbau und wem kommt er zugute. Das ist gegenwärtig die große Frage! (Beifall bei den Sozialisten.)

Was die Planung betrifft, so muß zuerst bekannt sein, welche Möglichkeiten durch ein Enteignungsgesetz gegeben werden, welche Baugründe also zur Verfügung stehen, ehe an eine solche gegangen werden kann. Denn eine Enteignungsmöglichkeit, wie sie für den Wiederaufbau gebraucht wird, ist ja leider noch nicht vorhanden. (Zwischenrufe der ÖVP: "Ist ja nicht wahr!") Es ist nicht das erste Mal, daß man in Wien an eine großzügige Planung gegangen ist. Schon damals, als die Vororte von Wien eingegliedert wurden, war eine solche notwendig. Damals dauerte sie 18 Jahre. Diesmal kann versprochen werden, daß sie in kürzerer Zeit beendet sein wird. (Beifall.)

Bezüglich der Preisgestaltung dürfte es nicht unbekannt sein, daß die Tarife der Stadt Wien nichts anderes als die Selbstkosten darstellen. Von diesem Grundsatz ist die Mehrheit des Wiener Gemeinderates weder nach der einen noch nach der anderen Seite abzubringen.

Unsere Straßenbeleuchtung ist bereits so weit, daß gegenwärtig mehr an Straßenkilometer beleuchtet sind, als dies schon früher der Fall war. Es gibt noch große Gebiete, wo die öffentliche Beleuchtung mangelhaft ist oder überhaupt noch nicht in

Angriff genommen wurde. Das ist bei den sogenannten "Gasinseln" der Fall. Gasbeleuchtung wird in Wien überhaupt nicht mehr eingeführt werden. Wo eine Schadensbehebung oder Erneuerung durchgeführt werden muß, soll dies zu Gunsten einer modernen elektrischen Beleuchtung geschehen.

Dem Vorschlage bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung Holztraversen zu verwenden, wurde bereits in einer Reihe von Fällen entsprochen. Diese können aber nur eine behelfsmäßige Lösung sein.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe VI im Budget des Jahres 1948 bedeuten den ersten Schritt zur Durchführung eines nennenswerten sozialen Wohnhausbaues. Es ist nicht das, was wir in der Zukunft zu schaffen gedenken, sondern der erste Schritt eines Wiedergenesenden, der schön langsam, heute noch auf Krücken, aber morgen schon frei, aufrecht und ohne jede Hilfe wieder ins Leben schreitet. (Starker allgemeiner Beifall.)

Damit sind die Beratungen über die Verwaltungsgruppe "Bauangelegenheiten" abgeschlossen.

In der Abstimmung wurde das 6. Hauptstück des Voranschlages für das Jahr 1948 einstimmig angenommen und die eingebrachten Beschlusanträge der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Es gelangt nun das VII. Hauptstück, Baupolizeiliche und allgemeine technische Angelegenheiten zur Verhandlung, über das Stadtrat Rohrhofer (ÖVP) referierte. Er sagte unter anderem: Wien ist eine der größten Gartenstädte und wir haben daher die Verpflichtung, alle Kriegsschäden an unseren Gartenanlagen zu beseitigen. Sie sehen es auch selbst, daß hier schon viel geschehen ist. Im abgelaufenen Jahr wurden 92 Gartenanlagen mit insgesamt 300.000 m² Grundfläche gründlich instandgesetzt. Darunter sind der Anzengruberpark, der Modenapark, der Hamerlingpark, der Schönbornpark, der ehemalige Bürgerpark und weitere Anlagen im 13., 18. und 19. Bezirk. Außerdem wurde auch eine große Anzahl von kleineren Gartenanlagen in Ordnung gebracht. Wir haben mehr als 1000 Alleebäume nachgepflanzt, die Splittergräben und 17 Löschwasserteiche entfernt. Wo noch einzelne bestehen, werden sie heuer abgeräumt. Eine große Arbeit ist auch im Prater zu leisten, der durch den Krieg besonders stark gelitten hat.

Über 700.000 Quadratmeter Fläche mußten wir dort den Ernteländlern zur Verfügung stellen. Sobald es die Verhältnisse wieder erlauben, müssen diese Flächen für die Erholung der Allgemeinheit freigegeben werden. 5.000 Bäume sind im Prater zugrundegegangen. Wir werden heuer versuchen, auch hier Ordnung zu machen.

Insgesamt bedecken die städtischen Gartenanlagen 10,300.000 Quadratmeter Fläche, außerdem noch 7.000 Quadratmeter in den städtischen Wohnhausanlagen.

Im städtischen Reservegarten wurden für die Kleingärtner und Ernteländler ~~3 Millionen~~ Gemüsepflanzen gezogen und verteilt.

Für dieses Jahr ist die Instandsetzung folgender Parkanlagen vorgesehen: Börseplatz, Schillerplatz, Friedrich Schmidt-Platz, Klieberplatz, Josef Strauß-Park, Arthaberplatz, Hyblerpark, Rohrauerpark, Stillfriedplatz und Hartäckerpark. Außerdem wollen wir auch eine Reihe kleinerer Anlagen instandsetzen, sodaß auf diesem Gebiet bald wieder friedensmäßige Verhältnisse herrschen werden.

In der Verwaltung der Stadt stehen gegenwärtig 31 Friedhöfe im alten und 14 im neuen Stadtgebiet. Dazu kommen noch 54 Friedhöfe in den Randgemeinden. Im Jahr 1946 wurden 33.577 Personen beerdigt und 1945 43.784. Die Kriegsschäden am Meidlinger- und am Zentralfriedhof sollen in diesem Jahr behoben werden.

Die Gemeinde besitzt insgesamt 66 Bäder, davon sind 56 bereits in Betrieb. Die Bäder wurden im Jahr 1945 von 1,600.000 Menschen besucht. 1946 ergab sich schon eine Steigerung um 4 Millionen Besucher. Daraus ist zu ersehen, daß die Bäder von den Wienern gerne benützt werden. Es ist uns gelungen, einen Großteil des Amalienbades wieder aufzubauen. Auch für das Gänsehäufel sind die Vorarbeiten abgeschlossen, sodaß heuer mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann. Im Voranschlag ist hierfür ein Betrag von 1,550.000 Schilling vorgesehen. 1949 werden wir einen großen Teil dieses Bades den Wienern wieder zur Verfügung stellen können. Es soll eine moderne Badeanlage mit Kabinenbauten werden. Ebenso wurden Projekte für eine neues Theresienbad und ein Volksbad für Mesling ausgearbeitet. Leider kann aus finanziellen Gründen in diesem Jahr mit dem Aufbau dieser beiden Bäder noch nicht begonnen werden. Die Einnahmen aus dem Bäderbetrieb betragen 6,900.000 Schilling, während sich die Ausgaben auf 8,858.000 Schilling belaufen. Für die Behebung von Kriegsschäden und Erneuerungen am

Inventar sind 2,250.000 Schilling vorgesehen. Das Hohe Warte-Bad wird schon im Sommer dieses Jahres eröffnet werden.

Die städtischen Wäschereien haben

bei 1,93 Millionen Schilling Gesamtausgaben ein ausgeglichenes Budget. Die Waschleistung der Wäschereien im 12. Bezirk und in MÖdling betrug im Jahre 1947 1,739.000 Kilogramm. Wir arbeiten ständig an der Ausstattung der Straßen mit Verkehrslichtsignalen, Verkehrsschildern und Straßentafeln sowie an der Verbesserung der Lichtenlagen.

Im Jahre 1947 hatte das Transportwesen hauptsächlich unter dem Treibstoffmangel zu leiden. Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat sich 1947 um durchschnittlich 36% erhöht, während sich die Treibstoffzuteilung nicht ganz auf der selben Höhe gehalten hat. Im März 1947 sank die Benzinzuteilung von 1,400.000 Liter auf 840.000 Liter pro Monat. Seit Oktober 1947 wird auch Treibstoff aus Amerika eingeführt. Trotzdem kann nicht einmal der Treibstoff-Mindestbedarf gedeckt werden. Hierzu kommen die Schwierigkeiten in der Erdgasversorgung. Für die Kraftfahrzeuge stehen uns durchschnittlich 8000 bis 9000 m³ Erdgas zur Verfügung. Es wurde zwar eine Erhöhung auf 1,200.000 m³ pro Monat in Aussicht gestellt, doch wurde diese Menge nie erreicht. Die ungeheure Arbeit dieser Abteilung die bei geringem Personalstand zu leisten war, konnte nur deshalb bewerkstelligt werden, weil sich fast sämtliche Fahrzeughalter der Wirtschaftsvverbände und der Fachgruppe der Wiener Fuhrwerker mit ihren Mitgliedern mit grossem Verständnis in den Dienst des Wiederaufbaues gestellt haben.

Die zu reinigende Straßenfläche beträgt durch die Änderung der Stadtgrenzen rund 13 Millionen m². Gegenwärtig besitzt die Gemeinde Wien einen Kranzug, 3 Autosprengwagen, 4 Kophrophorzüge, 99 motorisierte Spezialwagen für die Schneesäuberung und außerdem fast 300 Schneepflüge für Pferdebespannung. Für die Müllbeseitigung stehen gegenwärtig 153.000 Mülltonnen, gegenüber 186.000 im Jahre 1933, zur Verfügung. Für die Abfuhr des Mülls sind gegenwärtig 2. alte Vibro-Wagen und 11 Müllsammelzüge sowie 80 bis 90 LKW in Betrieb. Anfang Mai werden 15 neue Vibro-Wagen in Betrieb genommen werden, die österreichisches Erzeugnis sind. Der Berichterstatter dankt schließlich allen Angeestellten und Arbeitern, hauptsächlich im Fuhrwerksbetrieb, die den ganzen Tag draußen auf der Straße ihren schweren Dienst verrichten müssen. (Lobhafter allgemeiner Beifall.)

Als erster Redner in der Debatte betonte Dr. Soswinsky (KPÖ), daß die bestehende Bauordnung, obwohl sie im 20. Jahrhundert geschaffen wurde, trotzdem viele Mängel aufweist, die den durch die wirtschaftlichen und Kriegsereignisse bedingten Baubedürfnissen nicht gerecht werden. Die Gemeindeverwaltung hat zwar im vorigen Jahre eine Reihe von Wettbewerben für bestimmte wichtige Gebiete ausgeschrieben, doch werden diese nun nicht verwirklicht, sondern an diesen Plätzen die Errichtung unwichtiger, das Stadtbild verunstaltender Geschäftsläden, gestattet. Hier müßte durch eine entsprechende Novellierung der Bauordnung Abhilfe geschaffen werden. Eine andere Schwäche in der Bauordnung bedeuten die Bestimmungen über den Bauauftrag und für Ersatzausführungen. Es gibt in Wien noch eine Reihe bombengeschädigter Häuser, die in der Nazizeit enteignet wurden und die nun im Besitz der Finanzlandesdirektion sind. Diese erklärt nun, für die Wiederinstandsetzung nicht zuständig zu sein und Versprechen beim Stadtbauamt waren zwecklos. Es ist klar, daß das Stadtbauamt hier nicht immer einspringen kann, doch sollte es bei den zuständigen Ministerien und Ämtern mit mehr Nachdruck die Aufhebung des Zustandes, daß Menschen in einem sogenannten Niemandsland leben, verlangen.

Zu dem Kapitel "Bäderwesen" bemerkte der Redner, daß es vielleicht möglich wäre, auch für die Bewohner des unteren Teiles der Leopoldstadt ein Bad zu schaffen. Der 6. Bezirk würde Wert darauf legen, sein Bad nicht nur an zwei Tagen, sondern mindestens noch an einem dritten Tag benützen zu können.

Zum Schluß verlangte GR. Dr. Soswinsky Aufklärung darüber, wie sich der Referent die Bedeckung des außerordentlichen Voranschlages vorstelle. Es wäre wichtig, daß die geplanten Arbeiten nicht nur vorgesehen, sondern auch verwirklicht würden.

GR. Deibl (ÖVP) wies darauf hin, daß durch die Einstürze von Ruinen und bombenbeschädigten Häusern in letzter Zeit die Bevölkerung sehr beunruhigt wurde und fragt an, ob von der Baupolizei auch alle Gegenmaßnahmen getroffen worden sind.

Er stellte sodann fest, daß bei der Wiederinstandsetzung der Wiener Parkanlagen große Fortschritte erzielt wurden und regt die Errichtung einer Brücke oder eines Notsteges an, der den Stadtpark mit der Parkanlage gegenüber der Reisnerstraße verbinden soll. Wichtig erscheine ihm auch die Ausgestaltung

der Rasenflächen auf der Ringstraße. Die Wiederinstandsetzung der Wiener Friedhöfe hätte bereits gute Fortschritte gemacht, doch beim Meidlinger Friedhof fehle noch das Gitter. Wichtig wäre auch die baldige Inangriffnahme des linken Flügels des Amalienbades.

Als Möglichkeit zur Einsparung von Personal nannte GR. Deibl die Fahrbereitschaften, die in der ersten Nachkriegszeit wohl sehr wichtig gewesen seien, deren Liquidierung jedoch jetzt nichts mehr im Wege stehe. (Beifall bei der ÖVP.)

Um das Defizit der Stadtforste auszugleichen, schlug der Redner Verkäufe aus zusätzlichen Holzschlägerungen vor.

Am Schlusse seiner Ausführungen verlangt GR. Deibl in einem Antrag die Abfuhr des noch restlichen Schuttes im 18. Bezirk, der besonders im Sommer eine Gefährdung der Gesundheit für die dortige Bevölkerung darstellt.

Als letzter Redner in der Spezialdebatte zum VII. Hauptstück sprach GR. Fronauer (SPÖ). Er führte unter anderem aus: Krieg und Nachkrieg haben der Stadt schwere Wunden geschlagen. Es werden daher auch an die Verwaltungsgruppe VII große Aufgaben gestellt. Ganz besonders muß aber unsere Aufmerksamkeit dahin gehen, daß wir das sogenannte "wilde Bauen" nicht zugelassen. Hier hat die Baupolizei ganz besondere Aufgaben. So sind in den 21. Bezirken Wiens ungefähr 350 bombengeschädigte Häuser, die vor der Baulinie stehen. Hier muß eine vernünftige Planung unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung einsetzen. Die Ansuchen um solche Baubewilligungen dürfen nicht erst im Nachhinein behandelt werden, wenn die Bauten schon ausgeführt oder bereits sehr weit gediehen sind, so daß eine Ablehnung schwer fällt. Wir wollen nicht das wiederholen lassen, was auch nach dem ersten Weltkrieg der Stadt ein saloppes und destruktives Bild gegeben hat.

Bei der Instandsetzung der Gartenanlagen wurde der Stadtkern weit mehr berücksichtigt als die proletarischen Teile von Wien. Hier gilt es aber darauf Bedacht zu nehmen, daß gerade die Bevölkerung dieser Gebiete die Erholungsstunden im Park notwendig braucht.

Bei der Wiederbepflanzung der Gärten soll auf die Bionenzüchter Rücksicht genommen werden.

Zum Schluß wies der Redner noch auf die Bedeutung der Kinderfreibäder hin und bat ihre Herstellung in Angriff zu nehmen, auch wenn finanzielle Schwierigkeiten vorlägen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Berichterstatter Stadtrat Rchrhofer führt in seinem Schlußwort zu dem Wunsch des GR. Dr. Soswinsky auf Errichtung neuer Bäder aus, daß Projekte dazu schon seit langem bestehen, diese jedoch bisher an den finanziellen Schwierigkeiten scheiterten. Man werde versuchen, nunmehr nach Besserung der Brennstofflage auch im Esterhaszybad einige Badetage einzuführen. Die im außerordentlichen Budget präliminierten Beträge würden fallweise nach Freigabe durch den Finanzreferenten verwendet werden.

Die Ausführungen des GR. Deibl auf Schaffung neuer Parkanlagen beantwortet er dahin, daß die Gemeinde froh sei, die bestehenden Anlagen instandsetzen und instandhalten zu können. Der Anregung, im Stadtpark einen Notsteg als Verbindung zum 3. Bezirk zu errichten, werde nach Möglichkeit nachgekommen werden. Heuer wird der Versuch unternommen werden, die Rasenanlagen an der Ringstraße wieder anzulegen. Aber hierzu muß der Appell an die Bevölkerung Wiens gerichtet werden, dass sie, wenn sie schon die Parkanlagen, Gärten und Rasenanlagen am Ring, die ein horrendes Geld kosten, grün haben wolle, diese Anlagen nicht mutwillig zerstören dürfe. (Lebhafte Zustimmung.) Die Einplankung des Meidlinger und des Simmeringer Friedhofes wird heuer durchgeführt werden. Die Beträge für die weitere Instandsetzung des Amalienbades sind bewilligt, und es wird ununterbrochen daran gearbeitet, dieses Bad wieder so erstehen zu lassen, wie es einst war. Die Straßenpflege muß zur Zeit behelfsmäßig durchgeführt werden, da keine Kehrzüge, keine Sprengwagen, keine Straßenwaschmaschinen vorhanden sind und eine nächtliche Reinigung nicht durchgeführt werden kann. Es ist bereits ein Kehrzug in Verwendung, der jeden Tag in einem anderen Bezirk die Straßen säubert. Bezüglich der heimgefallenen Gräber auf den Friedhöfen ist der Bevölkerung nahe zu legen, sich mehr um die Gräber zu kümmern, um vor unerwarteten Anheimfallungen gesichert zu sein. Die Fahrbereitschaft besteht auf Grund eines Gesetzes in allen Bundesländern. In Wien wird jetzt der Versuch einer Zusammenlegung der Bezirke 4 bis 9 unternommen. Falls sich dieser bewährt, sollen noch weitere Zusammen-

legungen erfolgen. Das Defizit der städtischen Forste durch Schlägerungen und Holzabverkauf herabzumindern, ist im Hinblick auf den Raubbau der letzten Jahre nicht möglich.

Der Beschwerde des GR Fronauer, daß in Wien ziemlich viel wild gebaut wird, ist entgegenzuhalten, daß die Baupolizei überall dort, wo sie solche Fälle in Erfahrung bringt, einschreitet und die Leute streng bestraft. In der letzten Zeit wurde sogar eine Strafe von 100.000 Schilling verhängt. Die Erledigung von Bauansuchen dauert in der Regel nicht länger als 4 bis 5 Wochen, doch hängt diese auch von der Frage der Baumaterialzuteilung ab. Der Ausgestaltung der Gärten wird vor allem auch im Hinblick auf die Erholung der arbeitenden Menschen besonderes Augenmerk zugewendet werden. Es ist neuer gelungen, eine größere Anzahl von Bänken bereitzustellen, die ebenso wie die Rasenanlagen dem Schutz des Publikums empfohlen werden müssen. Es wurde bereits eine ziemliche Anzahl von Kinderfreibädern in Betrieb genommen; im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten wird diese Erholung den Kindern auch neuer wieder geboten werden. (Beifall.)

Damit ist die Beratung dieser Gruppe beendet. Ihre Anträge werden einstimmig angenommen, der Antrag Deibl, betreffend die Schuttabfuhr im 18. Bezirk, dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen. Die Sitzung wird um 19.20 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, den 24. d. M., um 8 Uhr. Die Beschwerde des GR Fronauer, daß in Wien ziemlich viel wild gebaut wird, ist entgegenzuhalten, daß die Baupolizei überall dort, wo sie solche Fälle in Erfahrung bringt, einschreitet und die Leute streng bestraft. In der letzten Zeit wurde sogar eine Strafe von 100.000 Schilling verhängt. Die Erledigung von Bauansuchen dauert in der Regel nicht länger als 4 bis 5 Wochen, doch hängt diese auch von der Frage der Baumaterialzuteilung ab. Der Ausgestaltung der Gärten wird vor allem auch im Hinblick auf die Erholung der arbeitenden Menschen besonderes Augenmerk zugewendet werden. Es ist neuer gelungen, eine größere Anzahl von Bänken bereitzustellen, die ebenso wie die Rasenanlagen dem Schutz des Publikums empfohlen werden müssen. Es wurde bereits eine ziemliche Anzahl von Kinderfreibädern in Betrieb genommen; im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten wird diese Erholung den Kindern auch neuer wieder geboten werden. (Beifall.)

Damit ist die Beratung dieser Gruppe beendet. Ihre Anträge werden einstimmig angenommen, der Antrag Deibl, betreffend die Schuttabfuhr im 18. Bezirk, dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen. Die Sitzung wird um 19.20 Uhr geschlossen.